

Der Reidemeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land
Herausgegeben vom Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.

Nr. 170

XX. Mai 2007

Das System Lüdenscheid und seine Gegner Zum Wandel der südmärkischen Metallwaren- und Elektroindustrie zwischen 1925 und 1950

Lutz Budraß

Im November 1943 ließ die zu Dortmund neu gegründete Gauwirtschaftskammer Westfalen-Süd - als eine ihrer ersten Vorhaben - die Industriebelegschaft im Gau Westfalen-Süd zählen. Sie brachte zu Tage, wie hoch der Anteil der ausländischen Arbeiter in der südwestfälischen Industrie gut eineinhalb Jahre vor Kriegsende war, sie verblüfft jedoch durch die Unterschiede, die sich zwischen den verschiedenen Kreisen finden lassen. Zwischen der niedrigsten und der höchsten Quote lag eine Differenz von gut zwanzig Prozent und der zweitniedrigste Wert ließ sich erstaunlicherweise in einem der am dichtesten industrialisierten Kreise der Kammer, in Lüdenscheid, finden.

Tabelle 1: Zusammensetzung der Industriebelegschaft in den Kreisen der Gauwirtschaftskammer Westfalen-Süd, November 1943

	Beschäftigte 1943	Anteil in Prozent					
		Deutsche Männer	Deutsche Frauen	Kriegs-gefangene	Ausländer Männer	Ausländer Frauen	Summe Ausländer
Wittgenstein	3065	56,1	23,8	5,2	10,1	4,8	20,1
Lüdenscheid	13464	48,3	30,5	4,0	7,4	9,8	21,2
Ennepe-Ruhr	50217	49,9	16,2	14,0	3,1	6,8	24,0
Bochum	93556	63,6	10,6	11,1	12,5	2,2	25,8
Wanne-Eickel	12563	62,7	9,7	10,1	14,9	2,7	27,6
Wattenscheid	8838	66,4	5,3	7,1	19,6	1,7	28,4
Herne	23358	62,6	8,0	15,9	11,4	2,1	29,5
Brilon	4744	45,3	25,2	12,6	8,8	8,1	29,5
Altena	38080	49,2	21,2	8,7	10,4	10,5	29,6
Hagen	36496	52,5	17,6	9,7	15,1	5,1	29,9
Hamm	8067	50,0	19,3	6,3	18,3	6,0	30,6
Dortmund	123595	57,4	10,9	14,3	14,4	3,0	31,7
Witten	19541	47,1	18,3	14,7	13,1	6,9	34,7
Iserlohn	42165	46,5	18,7	11,9	12,8	10,1	34,8
Siegen	36833	50,1	14,9	9,7	16,1	9,2	35,1
Arnsberg	18902	45,9	18,4	7,8	13,1	14,8	35,7
Lünen	14160	54,1	8,5	18,4	17,1	1,9	37,4
Meschede	7237	44,1	18,4	10,2	15,0	12,3	37,5
Unna	31859	54,5	6,4	18,2	19,1	1,8	39,1
Olpe	13579	44,7	15,4	16,1	16,4	7,4	40,0
Castrop-Rauxel	23923	55,5	4,2	27,0	12,3	0,9	40,3
Lippstadt	9952	33,4	25,1	10,4	8,0	23,2	41,5
Soest	8449	43,4	14,7	10,6	20,9	10,5	41,9

Quelle: Gauwirtschaftskammer Westfalen-Süd, Abteilung Industrie, Statistik: Totalerhebung November 1943, WWA K1/3141.

- Die Forschungen für diesen Beitrag wurden im Zusammenhang mit einer Ausstellung des Stadtmuseums Lüdenscheid begonnen. Herrn Dr. Eckhard Trox sei an dieser Stelle für vielfältige Unterstützung gedankt.
- Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945, Berlin 1988. (= Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 3).
- Siehe jedoch: Franz J. Henne, Die Industrie des Bergischen Landes und Märkischen Sauerlandes in der Rüstungspolitik des Nationalsozialismus und das Problem der Konversion nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Detlef Bald (Hg.): Rüstungsbestimmte Geschichte und das Problem der Konversion im 20. Jahrhundert (=Jahrbuch für historische Friedensforschung, Bd. 1 (1992)) Münster/Hamburg 1993, S. 31 - 47. Die Dissertation Hennes, A German

Trotz einer mittlerweile zwanzigjährigen Erforschung der Beschäftigung von Zwangsarbeitern in der deutschen Industrie ist dieses Ergebnis ansatzlos nicht zu erklären. Das liegt vor allem daran, dass wir nur unzureichende Daten über die Wirkung der nationalsozialistischen Rüstungspolitik auf das industrielle System in Deutschland besitzen.¹⁾ Die beflossene Zählung der Dortmunder Gauwirtschaftskammer ist insoweit ein Glücksfall, als wir aus keiner anderen Region Deutschlands ein solches Zahlenmaterial besitzen, sondern auf Ableitungen aus der Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten des Statistischen Reichsamtes von 1939 angewiesen sind; es gab während des Krieges keine Erhebung, die nach Systematik und Reichweite mit der von 1939 verglichen werden kann. Mit den Zählungen von 1925, 1933 und 1939 können mithin die teilweise drastischen Verschiebungen in der räumlichen Struktur der deutschen Industrie erfasst werden, die die Aufrüstung auslöste.²⁾ Ungleich schwieriger ist jede Aussage über Strukturveränderungen während des Krieges. Die Folgen für die Erforschung der deutschen Industrie im Krieg sind beträchtlich. Zu den Studien über einzelne Großunternehmen sind zwar mittlerweile solche getreten, in denen auch die mittelständische Provinz untersucht wird; gleichwohl fehlen noch Analysen lokal oder regional verdichteter Industriesysteme.³⁾

Die Lücken in der Geschichte des Krieges verhindern vor allem eine genaue Bestimmung der Ausgangslage der deutschen Industrie nach 1945. Zwar herrscht mittlerweile Kon-

sens, dass sich die deutsche Industrie unter dem Eindruck der Rüstung rapide wandelte, es wird aber all zu leicht unterstellt, dass sie sich über die zwölf Jahre hinweg kontinuierlich veränderte. Zwar gibt es auf den ersten Blick keine Belege, die dieser Auffassung entgegenstehen, immerhin ist aber anzunehmen, dass die Totalisierung des Krieges den Strukturwandel der Industrie in einer Weise vorantrieb, die auch in den Rüstungsanstrengungen vor Kriegsbeginn keine Entsprechung hatten. Dabei ist nicht allein an den Austausch der Belegschaften im Zuge des Zwangsarbeitereinsatzes zu denken, sondern vor allem an das Ausgreifen der Rüstungsproduktion auf Unternehmen weit jenseits der eigentlichen Spezialindustrie und die damit verbundene Drosselung der Konsumgüterproduktion.

Sehr wenig ist bekannt über die industriellen Folgen jener Schritte, die während des Krieges gesetzt wurden, um die personellen Reserven für die Front und die industriellen Kapazitäten für die Rüstung zu mobilisieren. Selbst wenn man den an sich naheliegenden Fall voraussetzt, dass Fabriken für Haushaltsgeräte, Hygieneartikel, Textilien oder ähnliches entweder auf die Produktion von Rüstungsgütern umgestellt oder abgeschlossen wurden, ist erstens zu fragen, wie sich diese Alternative auf die Startchancen der betroffenen Fabriken auswirkte. Zu fragen ist zweitens, ob die Stilllegungen dem Entwicklungstrend in einzelnen Branchen zuwiderliefen oder ihn gar beschleunigten. Und drittens ist im Rückgriff auf das oben skizzierte Problem und angesichts der räumlichen Schwerpunktbildungen von Industriezweigen zu fragen, ob die Drosselung der Konsumgüterproduktion nicht auch ganze Industrieräume in einer Weise verändert hat, dass ihre Ergebnisse nach 1945 nicht mehr zu revidieren waren.

Die folgenden Ausführungen zielen also in erster Linie tatsächlich auf eine Erklärung, warum die Quote ausländischer Arbeiter in Lüdenscheid so gering war, diese Erklärung wird aber eingebettet in eine strukturelle Analyse des lokalen Industriesystems. Der Blick wird dabei auf die Frage gelenkt, wie sich dieses System während des Krieges veränderte und wie dies die Ausgangslage 1945 beeinflusste. Die These, die hier vertreten wird, läuft

Path to Fordism. The socio-economic Transformation of a Region: The Bergische Land and the Märkische Land from 1930 to 1960, Diss. (Univ. Chicago, Illinois) 1993 ist leider nicht als Buch erschienen. Darüber hinaus: Roland Peter, Rüstungspolitik in Baden. Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz in einer Grenzregion im Zweiten Weltkrieg, München 1995; neuerdings Michael C. Schneider, Unternehmensstrategien zwischen Weltwirtschaftskrise und Kriegswirtschaft. Chemnitzer Maschinenbauindustrie in der NS-Zeit 1933 - 1945, Essen 2005 und meinen Beitrag, Das Ruhrgebiet und die nationalsozialistische Rüstungspolitik. Einige Anmerkungen zum Bild der „Waffenschmiede des Reiches“, in: Bleidick, Dietmar; Rasch, Manfred (Hg.): Festschrift für Wolfhard Weber zum 65. Geburtstag. Technikgeschichte im Ruhrgebiet, Technikgeschichte für das Ruhrgebiet, Essen 2004, S. 687 - 709.

nämlich darauf hinaus, die geringe Quote der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen als Symptom der Krise der lokalen Industrie zu deuten, einer Krise freilich, die erst während des Krieges zu Tage trat: Die Diskussionen über Produktionseinschränkungen in Westfalen konzentrierten sich nämlich von Beginn an auf die Metallwarenindustrie Lüdenscheids. Ihre traditionellen Produkte galten im Krieg am ehesten als entbehrlich und nach Auffassung der zeitgenössischen Wirtschafts- und Rüstungsplaner war auch ihr System aus Klein- und Kleinstfabriken überaus rückständig. Lüdenscheids undurchsichtige, informell beherrschte, anpassungsbereite Personengesellschaft stand im Kontrast zu dem rational organisierten, versparteten, anonymen und hierarchisierten Großkonzern, dem Fluchtpunkt der unternehmenspolitischen Diskussion in den zwanziger und dreißiger Jahren. Die hochverdichtete Gewerbestruktur aus vielen kleinen und kleinsten Fabriken stellte - ganz im Unterschied zur heutigen Diskussion⁴⁾ - ziemlich genau das Gegenbild jener Lehren dar, die gerade während der Rationalisierungsanstrengungen der letzten Kriegsjahre vehement verkündet wurden: Dass dem funktional integrierten, rationalisierten, auf Massenproduktion und Massenumsatz eingestellten Unternehmen die Zukunft gehöre, und zwar allein ihm⁵⁾

Der Fall Lüdenscheid eignet sich für diese Betrachtung jedoch noch aus einem weiteren Grund. Die britischen Luftangriffe zogen auch in Hagen oder Siegen die innerstädtische Kleinindustrie dauerhaft in Mitleidenschaft, während größere Werke noch während des Krieges wiederhergestellt wurden. Lüdenscheid und seine Industrie waren hingegen nicht Ziel eines konzentrierten Luftangriffs und wurden im April 1945 kampflos an alliierte Truppen übergeben. Es ist - mit Hilfe der Zählung von 1943 - möglich, die strukturelle Entwicklung Lüdenscheids mit einer ununterbrochenen Datenkette von 1925 bis 1950 zu rekonstruieren und die Folgen von Luftangriffen und Kampfhandlungen können - wie sonst in nur sehr wenigen Fällen - dabei ausgeschlossen werden.

Im folgenden Beitrag sollen also drei Hürden genommen werden: Erstens die Besonderheiten der Lüdenscheider Metallwarenindustrie insbesondere vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zu benennen, zweitens die Tendenzen zur Verstärkung oder Verlangsamung ihres Wandels im Zeichen zunehmender ‚Verrüstung‘ während der dreißiger Jahre und drittens, während des Zweiten Weltkriegs aufzuzeigen, um am Ende darauf zurückzukommen, warum es in Lüdenscheid relativ wenig ausländische Arbeiter gab.

I. Das System Lüdenscheid

Die Besonderheiten der Lüdenscheider Industrie lassen sich aus ihrem Alter und ihre nur mäßige Umprägung durch die industrielle Revolution ableiten, gerade im Kontrast zu den Umwälzungen, die sich kaum einhundert Kilometer nördlich vollzogen. Der südliche Teil der Grafschaft Mark wurde schon seit dem Mittelalter und vollends am Ende des 18. Jahrhunderts durch die Verarbeitung von Eisen und anderen Metallen bestimmt. Die Lüdenscheider Industrie bewährte sich bereits in der Krise des Osemundgewerbes, als es an der Ruhr kaum mehr als eine Ahnung des Fabrikwesens gab, und wie

um 1830 jene Produktionsstruktur auf, die bis zum Ersten Weltkrieg charakteristisch für sie sein sollte: Die Herstellung von Waren jeglicher aller Art aus Metall und insbesondere von Knöpfen.⁶⁾

Die Lüdenscheider Unternehmerelite konnte sich früher und über einen längeren Zeitraum entfalten als jene im Ruhrtal. Sie zeichnete sich durch ihre oligarchische Struktur aus. Deren wesentliche Bedingung und in den späteren Jahren auch ein wichtiges Zeichen der Wohlhabenheit war in einer Stadt, in der sich „kaum ein ebenes Geländestück“ finden lässt, „welches grösser als ca. 2.500 m² ist“,⁷⁾ der Anteil am innerstädtischen Grundbesitz. Die Fabrik- und Wohngrundstücke der Assmann, Berg, Büren, Dicke, Gerhardi, Hueck, Noelle und Turck legten sich am Ende des 19. Jahrhunderts wie ein Ring um die Lüdenscheider Innenstadt.⁸⁾ Auch im zwanzigsten Jahrhundert waren die privaten Gärten bei den großzügigen Fabrikantenvillen zusammengenommen fast so groß wie die städtischen Anlagen.⁹⁾ Doch befanden sich zwei Drittel des Haus- und Grundbesitzes in den Händen der Arbeiter und Handwerker der Stadt. Wenn im Bericht der Industrie- und Handelskammer für 1900 festgehalten wurde, dass es in jüngerer Zeit schwieriger für den Fabrikarbeiter geworden sei, sich ein eigenes Heim zu schaffen, liegt der eigentlich bemerkenswerte Befund darin, dass der Besitz von Wohneigentum im Lüdenscheid des späten 19. Jahrhunderts offenbar die Regel war: Gemessen an den Verhältnissen in den neuen Industriestädten und angesichts der chronischen Raumknappheit in der auf einem Hochplateau gelegenen ‚Bergstadt‘ höchst eigentümlich.¹⁰⁾

Die besondere Verteilung des Hausbesitzes war eine Grundlage für die dynamische Ergänzung der Fabrikantenoligarchie. Eine zweite bestand in den technischen Voraussetzungen der Lüdenscheider Metallverarbeitung. Ihre Bedeutung verloren die älteren Familien zwar nur selten, doch war die Schleuse zwischen Arbeiterschaft und Unternehmerstand sehr weit geöffnet. Die Metallwarenindustrie hing besonders von der Mode ab. Sie musste innovationsbereiter sein und war zugleich an wenige Schlüsselqualifikationen gebunden.¹¹⁾ Gerade wegen der Spannweite der Produktpalette waren die Kernsparten - Metallwaren, Elektroartikel und schließlich Kunststoffwaren - von den Arbeitern abhängig, die Press- und Gießformen herstellten: Graveuren sowie Formen- und Werkzeugmachern.¹²⁾ Da außer diesen Fachkenntnissen und einem kleinen Fabrikraum nur geringe Investitionen anfielen, war es für sie in Lüdenscheid leichter als irgendwo sonst, durch die Eröffnung eines Kellerbetriebes in den Fabrikantenrang aufzusteigen.

Die verbreitete Heimarbeit unterstützte die Nähe von Unternehmer und Arbeiter. Da die Heimarbeiter üblicherweise Aufträge mehrerer Fabrikanten abwickelten, war die Klassendifferenzierung, die erst durch die Konfrontation zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz entsteht, für ihn teilweise aufgehoben.¹³⁾ Zwar soll dies nicht über das Elend der Heimarbeiter hinwegtäuschen. Ihre gewisse Unabhängigkeit von einzelnen Unternehmern verhinderte jedoch, dass die Klassenlinien vollständig durchgezogen wurden. Der soziale Aufstieg blieb ein vordringliches Ziel der Lüdenscheider Fabrikhandwerker, nicht die Respektabilität als Arbeiter.¹⁴⁾ Die Schlüsselstellung der Fach- und die Unabhängigkeit der Heimarbeiter, die soziale Nähe von Fabrikhandwerker und Fabrikant, und schließlich die unüblich engen

Beziehungen zwischen den Unternehmen, etwa die verbreitete Übung, Lohnarbeiten zum Abbau von Auftragspitzen zu vergeben, führten in der Summe zu einem charakteristischen Kennzeichen der Lüdenscheider Industrie: Die Grenzen zwischen den Unternehmen verschwammen. Sie besaßen keine Stamarbeiterschaft, die ihren Status über Generationen hinweg vererbte. Die Lüdenscheider Unternehmer unterstützten die Bestrebungen, die Arbeiterschaft durch Sparvereine und Konsumgenossenschaften zu mehr Selbstverantwortung zu erziehen. Sie hielten sich jedoch bei den betrieblichen Sozialleistungen - etwa im Vergleich zu den Ruhrgebietsunternehmen - in auffälliger Weise zurück.¹⁵⁾ Vielmehr entwickelte sich durch die vielfältigen ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen der Unternehmer untereinander, durch die ‚gemeinsame‘ Arbeiterschaft und die Verwandtschaft der hergestellten Produkte ein industrielles System, dessen einzelne Einheiten viel weniger untereinander abgrenzbar waren als die Gesamtheit der Unternehmen von der Umwelt.

Die Idee, dass die Lüdenscheider Industrie einen selbstregelnden Organismus darstellte, ist kurz nach dem Zweiten Weltkrieg pointiert vorgetragen worden: „Das berühmte Beispiel des Adam Smith aus der Nadelfabrikation ist hier ins Grosse übertragen. Was immer ein Lüdenscheider Betrieb an Einzelteilen seines Fertigprodukts nicht vorteilhaft selbst herstellen kann, liefert ihm irgendeiner seiner vielen Nachbarn. Die Bedeutung dieser Zusammenarbeit, die die vielen unabhängigen Einzelwirtschaften zu einem organischen Ganzen macht, offenbart sich in dem technischen und ökonomischen Optimum, das die Lüdenscheider Industrie auszeichnet.“¹⁶⁾ Das Lüdenscheider System war effizient und marktkonform, weil der Bedarf nach bestimmten Vorprodukten im Idealfall - sieht man einmal von den Konzernen von Carl Berg und Basse & Selve ab - nur selten in eine Vergrößerung der Fertigungstiefe eines Unternehmens mündete. Zwar wurde die ‚vertikale Expansion‘ während des 19. Jahrhunderts häufig angestrebt, überörtliche Bedeutung erwarben jedoch nur die firmeneigenen Walzwerke der Firmen P.C. Turck und Ed. Hueck.¹⁷⁾ Stattdessen entstanden in rascher Folge Unternehmen, die neu geschaffene Nachfragen besetzten, etwa Fassondrehereien oder Kunststoffpressereien.¹⁸⁾

Die Eigenheit des typischen Lüdenscheider Unternehmens wurde durch die Unternehmerfamilie gewährleistet.¹⁹⁾ Die Familie führte und produzierte, sie stand mit ihrem Namen für Absprachen und Garantien ein, sie schützte die Familienheimnisse und bereitete die Nachkommen auf die Führung des Unternehmens vor. Als die Übergabe der Fabrik an die ältesten Söhne anstand, bauten die Gebrüder Jaeger ihren Geschäftsführern eine Fabrik für Vorprodukte auf, um zu verhindern, dass diese sich als unmittelbare Konkurrenten selbständig machten.²⁰⁾ Nicht der Betrieb, sondern die Familie war der Kernbestand des Lüdenscheider Unternehmens, und die Verwirklichung von unternehmerischen Zielen war von der Wahrung der Stellung der Familie in der Stadt, ihrer Respektabilität und den sozialen Beziehungen der Familien untereinander abhängig. Formelle Unternehmensabsprachen und -verbände hatten demgegenüber ein geringeres Gewicht. Besonders prägnant für Lüdenscheid war daher die prominente Besetzung der Freimaurerloge,²¹⁾ während der Arbeitgeberverband sich erst spät etablieren konnte.²²⁾

4) Michael J. Piore; Charles F. Sabel, Das Ende der Massenproduktion. Eine Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft, Frankfurt/M. 1989; Gary Herrigel: Industrial Constructions. The Sources of German Industrial Power, Cambridge Mass. u.a. 1996.

5) Erich Welter, Der Weg der deutschen Industrie, Frankfurt/M. 1943.

6) Wolfgang Herbig, Wirtschaft und Bevölkerung der Stadt Lüdenscheid im 19. Jahrhundert, Dortmund 1977, S. 28.

7) Gerd Büren, Entwicklung und Lage der Lüdenscheider Industrie seit der Jahrhundertwende, Diss. Köln 1948, S.77.

8) S. die Übersichtspläne bei Walter Hostert, Die Entwicklung der Lüdenscheider Industrie vornehmlich im 19. Jahrhundert. Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, Lüdenscheid 1960 u. Rainer Assmann, Grabdenkmale Lüdenscheider Familien. Wie sie wurden, was sie waren oder sind, in: Der Reidemeister 130 (1995), S. 1 - 48, hier S. 6.

9) Stadtarchiv Lüdenscheid (StadtA Lüd), Verwaltungsbericht für die Zeit vom 1. April 1941 bis 31. März 1949, S. 7.

10) Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund (WWA) N 29/1, Peter Wilhelm Haurand, Die Lüdenscheider Industrie, 16.4.46; Dietmar Simon, Arbeiterbewegung in der Provinz. Soziale Konflikte und sozialistische Politik in Lüdenscheid im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1995, S. 116.

11) Büren, S. 15f., Hostert, S. 135f.

12) S. etwa die Aufzählung der in Lüdenscheid hergestellten Schaufel- und Spatenformen in der sogenannten Archivsache Winkhaus, WWA N 14/4, S. 1862. Die von Eberhard Winkhaus in mehrjähriger Arbeit auf rund 3.000 maschinenschriftlichen Seiten zusammengetragenen Informationen zur Geschichte der südwestfälischen Indu-

stri- und Handelskammer stellen angesichts des kriegsbedingten Verlusts der Kammerakten eine wichtige Ersatzüberlieferung dar. Die Archivsache Winkhaus ist zuerst von Ludwig Beutin, Geschichte der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und ihrer Wirtschaftslandschaft, Hagen 1956, ausgewertet worden, hier S. 9.

13) Simon, S. 38f.

14) Hostert, S. 127 u. 135

15) Simon, S. 117. Ralf Stremmel, Lüdenscheid im Kaiserreich, ein Modell des Fortschritts? Beobachtungen bürgerlicher Sozialreformer (1871 - 1912), in: Der Märker 41 (1992), S. 247.

16) WWA N 29/1, Peter Wilhelm Haurand: Die Lüdenscheider Industrie, 16.4.46.

17) Herbig, S. 36f.

18) WWA N 14/4, Archivsache Winkhaus, S. 1844f.

19) Hans-Günter Schmidt, „Es war die uns von Gott gegebene Obrigkeit“. Studien und Materialien zur Zeit des Nationalsozialismus in Lüdenscheid, Pfaffenweiler 1991, S. 14.

20) StadtA Lüd, Otto Bussemer, Zur Geschichte der Firma Busch-Jaeger-LMW bzw. DMW, S. 18.

21) Museen der Stadt Lüdenscheid (MSL) 96/853, Mitgliederverzeichnis der Johannis-Loge zum Märkischen Hammer, 18.5.24.

22) Hostert, S. 133f. In dieser Frage, aber auch darüber hinaus ist die Ähnlichkeit zum bergischen Revier beträchtlich, Henne, Path, S. 24f.

Noch 1947 waren die Lüdenscheider Unternehmen weit überwiegend als Personengesellschaften organisiert, und selbst die wenigen Kapitalgesellschaften waren mehrheitlich im Familienbesitz.²³⁾

Ein Vorteil dieses marktgerichteten Systems aus zahlreichen unabhängigen Einheiten bestand in der dadurch erreichten Streuung des Risikos. Eine geringe Fertigungstiefe versicherte gegen die Modeabhängigkeit der Metallwarenindustrie und sorgte dafür, dass der Kapitalbedarf überschaubar blieb. Die in der ‚langen‘ Industrialisierung Lüdenscheids saturierten Unternehmen vermieden große Investitionen in Produktion, Vertrieb und Management, da dies zwangsläufig mit der Beschaffung anonymen Kapitals verbunden war. Der hoch geschätzte Facharbeiter, der mit Geschicklichkeit und Erfahrung den Nachteil veralteter Maschinen ausglich, und der eher weniger geachtete Faktor, der rudimentäre Managementaufgaben übernahm,²⁴⁾ waren gemeinsame Kennzeichen einer auf Konsolidierung statt Expansion ausgerichteten Unternehmensstrategie.

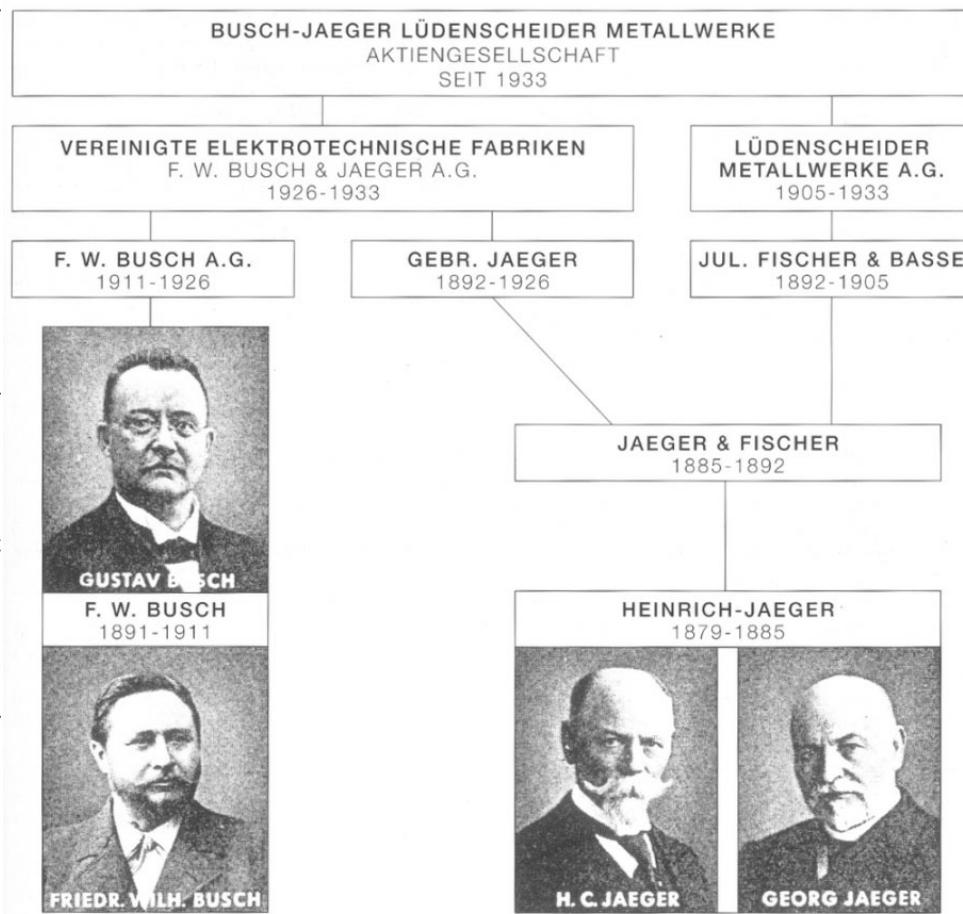
Die Nachteile des Lüdenscheider Systems traten erst zu Tage, als die deutsche Wirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg eine schmerzhaft Umbruchphase erlebte. Die Anpassungsfähigkeit der kleinteiligen Industrielandschaft, ihre Fähigkeit, kreativen, aber kapitalschwachen Unternehmen Nischen zu ihrer Entfaltung zu gewährleisten, war zwar ungebrochen. Die Lüdenscheider Industrie geriet jedoch in den Sog jener Bewegung, der die Überzeugung zu Grunde lag, dass die deutsche Wirtschaft die Kriegsfolgen nicht durch die Kräfte des Marktes, sondern nur durch gezielte Eingriffe in das Marktgeschehen überwinden könne. Die Rationalisierungsbewegung brachte zwischen 1924 und 1929 zahlreiche Vorschläge zur Regulierung der Kriegs- und Inflationsfolgen hervor.²⁵⁾ Stichworte der Diskussion, die in einer Welle von Veröffentlichungen niederschlug, waren die Rolle des Staates und korporativer Institutionen in der Wirtschaftslenkung, der Konzentrationsprozess in der Industrie, die Einführung arbeitssparender Innovationen und neuer Verwaltungstechniken, die „Taylorisierung“ und „Fordisierung“, die Standardisierung und Normierung von Gütern und Austauschbeziehungen, die Lenkung des wissenschaftlichen Fortschritts. Die Schwierigkeiten und die große Akzeptanz der Rationalisierungsbewegung gleichermaßen gründeten darin, dass diese höchst disparaten Regulierungsinstrumente als geschlossene Strategie und uneingeschränkt positiv wahrgenommen wurden. Fließband, Psychotechnik, DIN-Norm, aber auch die Raumplanung galten als Ausdruck des Bemühens, das vermeintlich chaotische Geschehen in der Industrie einer planvollen Ordnung zu unterwerfen. Das von unsichtbaren Kräften gesteuerte Lüdenscheider System schnitt an der Meßlatte dieser Rationalisierungsbewegung schlecht ab.

Dieses System hatte schon unter dem Ende der Inflationskonjunktur gelitten. Zwischen 1919 und 1922 stieg das reale Sozialprodukt pro Kopf und Jahr in Deutschland durchschnittlich um 7%, die Arbeitslosenquote pendelte zwischen 2 und 3%. Nach der Stabilisierung der Währung lagen die Steigerung im Sozialprodukt bei 4% und die Arbeitslosenquote bei durchschnittlich 11%.²⁶⁾ Die durch den Export gesicherte ausgesprochene Sonderkonjunktur basierte auf der schlechten Reallohnposition der Arbeitnehmer während der Inflation. Vor allem die Industrien mit einer hohen Lohnquote profitierten von ihr, also jene, „bei denen [...] infolge des intensiven und qualifizierten Verarbeitungsvorgangs das un-

mittelbar aufgewendete Arbeitsvolumen besonders stark ins Gewicht fällt“, und das war die Gesamtheit der Lüdenscheider Industrie. 1936 wies die Metallwarenindustrie eine Lohnquote von 24,9%, die Elektroindustrie eine von 34,3%, die Drahtwarenindustrie eine von 25,6% auf, während beispielsweise die Chemischen Industrien bei Werten um 15%, die Textilindustrien bei durchschnittlich 20% lagen.²⁷⁾ Im Gegenzug wurden die Lüdenscheider Industrien durch den Währungsschnitt besonders hart getroffen, zumal wenn sie sich im Vertrauen auf diese Sonderkonjunktur in unternehmerische Abenteuer - wie etwa die F.W. Busch AG in den Automobilbau²⁸⁾ - gewagt hatten. So war die vor dem Krieg nur rudimentär existierende Schraubenfabrikation zwischen 1919 und 1923 durch zahlreiche Neugründungen (u.a. die Firmen von Hugo Betzer, Richard Hickethier, Tweer & Lösenbeck) erheblich expandiert. Dieser Zweig stand nun angesichts einer drastisch verteuerten Produktion²⁹⁾ vor ähnlichen Absatzproblemen wie die Aluminiumwarenherstellung, die ihren Export seit 1919 „ins Riesenhafte“ gesteigert hatte und anfangs der zwanziger Jahre 200 Unternehmen zählte. Noch 1907 war Carl Berg einzigartig in der Stadt gewesen.³⁰⁾ Obwohl diese Industrie bis Ende 1924 auf 35 Unternehmen mit 2.000 Beschäftigten schrumpfte, war sie nur zu 50% ausgelastet: Bis zum Juni 1925 wurde sie auf 952 Beschäftigte halbiert, die in 29 Betrieben arbeiteten.³¹⁾

Um die Absatzeinbußen nach dem Schwinden der Lohnkostenvorteile zu begrenzen, wurden etliche Maßnahmen ergriffen. Den Normen kam eine bedeutende Rolle zu. Die Idee, durch die Gleichförmigkeit der Produkte zu einer Vereinheitlichung von Maschinen und Arbeitsgängen zu kommen, war in den zwanziger Jahren populärer als je. Gerade Normierung und Standardisierung freilich bedrängten das Lüdenscheider Industriesystem, das seine Vielfalt aus der Vielfältigkeit seiner Produkte zog. Wenn es beispielsweise anstatt 5.136 Sorten von Schaufeln und Spaten nur noch 2.178 gab, so waren die Folgen für die Breitwarenindustrie im Raum Lüdenscheid, die einen gewissen Ehrgeiz daran setzte, alle diese Sorten zu produzieren,³²⁾

naheliegend. Von der Normierungsbewegung gingen daher drei Impulse für die Lüdenscheider Industrie aus. Erstens, den Export zu forcieren: Wenn die Vielfalt der möglichen Produkte auf dem deutschen Markt schrumpfte, war es eine Lösung, diese Vielfalt durch die Produktion von ausländischen Artikeln zu erhalten.³³⁾ Zweitens, den Markt für normierte Massenartikel zugunsten von Spezialartikeln zu räumen, die zwar auch genormt sein konnten, jedoch in verhältnismäßig kleinen Loses gefordert wurden.³⁴⁾ Drittens, sich auf zusammengesetzte Produkte zu konzentrieren, die zwar aus genormten Teilen bestehen konnten, aber ihre Nachfrage durch die Besonderheit der Kombination erhielten. Die Forcierung des Exports als Strategie gegen die Normierung hatte für die gesamte Lüdenscheider Metallverarbeitung Bedeutung: Die Metallwarenindustrien der Stadt (insbesondere Knöpfe, Bestecke, Schmuck, Galanteriewaren) setzte Ende der zwanziger Jahre 70-80% ihrer Erzeugnisse im Ausland ab.³⁵⁾ Die Konzentration auf Spezialartikel als Vorprodukte für kombinierte Waren entwickelte im Lüdenscheider Fall einen Impuls zur funktionalen Ergänzung der Elektroindustrie, oder genauer, der Herstellung von Elektroinstallationsmaterial. Während die Busch-Jaeger-Werke noch zu Zeit ihrer Fusion 1926 ausweislich der Firmenkataloge fast alle ihrer Vorprodukte aus unterschiedlichsten Materialien selbst herstellten,³⁶⁾ so verlagerte sich die Vorproduktion seither zunehmend auf spezialisierte autonome Lieferanten, die entweder aus etablierten Metallwarenherstellern entstanden oder in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre neu gegründet wurden, beispielsweise Fassondrehereien (Silla & Co 1927; Grüber & Hegendorf 1928).³⁷⁾



Entwicklung der Firma Busch-Jaeger Lüdenscheider Metallwerke AG

23) Büren, S. 75f.
 24) StadtA Lüd., Sammlung Dokumente zur Stadtgeschichte, Firmen Sch - T: Marie Schmidt, Geschichte der Firma P.C. Turck Wwe. von 1891 - 1991, S. 3.
 25) Die besondere Bedeutung der Rationalisierungsbewegung für die märkische Industrie wird bereits von Beutin hervorgehoben, S. 144 - 146.
 26) Werner Abelshäuser, Dietmar Petzina, Krise und Rekonstruktion. Zur Interpretation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert, in: Dies. (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter. Konjunktur - Krise - Wachstum, Königstein 1981, S. 60.
 27) Die Lohnquote ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Bruttoproduktwert eines Industriezweigs oder Unternehmens, s. Die deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik, Berlin 1939, S. 14 u. 64f.
 28) StadtA Lüd., Bussemer, S. 20. Im Gegensatz dazu stand eine Strategie wie bei der Firma P.C. Turck Wwe., bei der während der Inflationskonjunktur die innerbetriebliche Organisation gestrafft und die Büroausstattung rationalisiert wurde, StadtA Lüd., Sammlung Dokumente zur Stadtgeschichte, Firmen Sch - T: Marie Schmidt, Geschichte der Firma P.C. Turck Wwe. von 1891 - 1991, S. 6.

29) Zur Lohnentwicklung in der Stahlwarenindustrie s. Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft: Die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur (I. Unterausschuss), 5. Arbeitsgruppe (Außenhandel), 11. Band, Berlin 1930, S. 172ff.
 30) Fritz Grüber, Die Entwicklung der Lüdenscheider Aluminiumwarenindustrie, Diss. Köln 1925, S. 22 - 24.
 31) Ebd.; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925: Gewerbliche Betriebszählung, in: Statistik des Deutschen Reichs (StDR) Bd. 416 (1929), Heft 8b, S. 97.
 32) WWA N 14/4, Archivsache Winkhaus, S. 1862f.
 33) Die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie, S. 232f.
 34) WWA N 14/4, Archivsache Winkhaus, S. 1855.
 35) Büren, S. 81.
 36) StadtA Lüd., Bussemer, S. 2ff.
 37) WWA N 14/4, Archivsache Winkhaus, S. 1845 bzw. 1854f.

Neben diesen neuen Formen der funktionalen ‚vertikalen‘ Integration, war die Spezialisierung der Metallverarbeitung insgesamt ein Merkmal der industriellen Entwicklung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Die Metallverarbeitung in Lüdenscheid profitierte wenigstens darin von einem spezifischen Dilemma der Rationalisierung. Zwar wurde der Horizont der Industrieentwicklung für die meisten zeitgenössischen Beobachter von hochproduktiven, mit Automaten und Fließbändern bestückten Massenproduktionsstätten markiert. Die zur Ausstattung dieser Betriebe notwendigen Werkzeuge und Einrichtungen waren aber mehr den je höchst kostspielige Einzelstücke. Das Dilemma der Rationalisierung im Werkzeugmaschinenbau beispielsweise hatte stets darin bestanden, dass jene Spezialmaschinen, die zur Massenfertigung bestimmter Güter aufgelegt wurden, nur in wenigen Exemplaren oder gar als Unikat hergestellt werden konnten, und daher die Werkzeugmaschinenindustrie sich je weiter von Formen der Fließfertigung entfernte, je mehr sie sich auf die Bedienung der Massenproduktion einrichtete. In dieser Nische konnte sich somit eine Spezialisierungsstrategie entfalten, die in Lüdenscheid, abermals bedingt durch die Verfügbarkeit zahlreicher Graveure und Werkzeugmacher, intensiv wahrgenommen wurde. Seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre erlebten alteingesessene und neue Werkzeugfabriken eine Blüte, angeführt von der 1925 gegründeten Fabrik von Gustav Schroeder jun.³⁸⁾

Während die Spezialisierung einen Rettungsanker zur Abwicklung der Stabilisierungsfolgen darstellte, drohte die eigentliche Gefahr für das Lüdenscheider System von der Kartellbewegung. Die Kartelle breiteten sich nach dem Währungsschnitt wie ein Flächenbrand über die deutsche Industrie aus, so dass ihre Zahl durchaus als Indiz für die Absatzschwierigkeiten in einzelnen Sparten dienen kann. Die Eisen- und Stahlwarenindustrie lag mit nicht weniger als 234 Kartellen bereits 1923 an der Spitze der deutschen Industrie, während es in der Metallwarenindustrie mäßige 78, in der Elektrotechnik und der Feinmechanik und Optik zusammengenommen nur 56 gab. Die Metallhütten- und Metallhalbzeugindustrie hingegen wies lediglich 17 Kartelle auf.³⁹⁾ Diese Schiefe ist allein deshalb bemerkenswert, als „Massengüter mit möglichst wenig Qualitätsverschiedenheiten die geeignetsten Objekte zur Kartellierung sind“, weniger die Fertigwarenindustrie.⁴⁰⁾ In der Tat erwies sich, dass die Metallhütten und Halbzeugwerke ihre Preise durch Absprachen geschickt hoch halten konnten, während die entsprechenden Bemühungen in der Fertigwarenindustrie, also vor allem im Eisen-, Stahl- und Metallwarenbereich höchst kurzlebig waren. So etablierte sich 1927/28 der bereits zuvor als Richtpreisabkommen bestehende ‚Messingpakt‘, der fortan auch die wichtigsten Metallhütten und Halbzeughersteller Lüdenscheids (Busch-Jaeger, Ed. Hueck, Metallwerke Max Kamper und die Westfälischen Kupfer- und Messingwerke) schützte und 1931 in das Kartell deutscher Messingwerke überführt wurde.⁴¹⁾ Die Vereinigten Deutschen Metallwerke AG, in denen die Unternehmen von Carl Berg und Basse & Selve aufgegangen waren, hatte sich bis zum Beginn der dreißiger Jahre 17 Kartellen angeschlossen, die Busch-Jaeger LMW immerhin fünf.⁴²⁾

Die ungleich festeren Preisabsprachen der Hütten- und Halbzeugindustrie waren nichts weniger als das Signum der deutschen Unternehmensgeschichte in der Endphase der Weimarer Republik. Das galt kaum weniger für Lüdenscheid. Um nämlich die deutsche Fertigwarenindustrie trotz der über den Weltmarktniveau liegenden Preisen auf die deutsche Versorger einzuschwören, kam

es zu einem Abkommen zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Eisen verarbeitenden Industrie (AVI) und der Schwerindustrie. Gegenstand des AVI-Abkommens war die Bestimmung, dass die deutschen Eisen- und Stahlverarbeiter für ihre Rohstoffe aus deutscher Produktion einen Preisausgleich erhielten, der die an sich weitaus höheren deutschen Preise dem Weltmarktniveau angeglichen, für den Inlandsabsatz hingegen nicht. Ursprünglich als Vorstoß zugunsten der deutschen Ausfuhr gedacht, gelang es der deutschen Eisen- und Stahlindustrie durch das AVI-Abkommen zwar, die Binnennachfrage trotz zu hoher Preise unter Kontrolle zu halten, aber sie setzte die Eisen- und Stahlverarbeiter einem beträchtlichen Konkurrenzdruck ausländischer Anbieter aus. Der insgesamt fühlbare Preisrückgang während der Stabilisierungsphase schlug sich in dieser Branche durchaus nieder.⁴³⁾ Ähnlich wirkte das Abkommen über Exportvergütung, die die Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Messingwerke mit der Metallwarenindustrie schloss.⁴⁴⁾ Die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie und in geringerem Maße auch die Elektroindustrie hingen wie eine Marionette an den Preisabsprachen der Hütten und Halbzeughersteller. Der Wandel der Machtverhältnisse zwischen den Sparten der deutschen Metallindustrie und die vermittelten Effekte der Rationalisierungsbewegung spiegelten sich bereits 1925 im Aufbau der Lüdenscheider Industrie. Zwar stellten die kleinteilige Metallwaren- und die Knopferstellung zumal immer noch die weitaus größte Abteilung. Lüdenscheid wurde jedoch weitaus mehr als im Kaiserreich⁴⁵⁾ durch Halbzeugwerke geprägt, die als Anhängsel der größeren Metallwarenfabriken entstanden waren:⁴⁶⁾ Das einzige selbständige Messinghalbzeugwerk stellte die Westfälische Kupfer- und Messingwerke AG, vorm. Caspar Noell dar. Die Herstellung von Schaltern und anderem Installationsmaterial bildete unterdessen den neuen Orientierungspunkt der zunehmend ‚vertkalisierten‘ Lüdenscheider Metallindustrie.

Tabelle 2: Fabrikationszweige mit mehr als 100 Beschäftigten in den Gewerbegruppen V (Eisen- und Metallgewinnung), VI (Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren), VII (Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau) und VIII (Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik) des Stadtkreises Lüdenscheid, 1925

Fabrikationszweig	Technische Betriebseinheiten	Beschäftigte
Messingwalzwerke	3	153
Aluminiumwalzwerke	8	202
Nagel/Drahtstifte	17	216
Stahlkurzwaren	55	566
Schneidwerkzeuge	31	127
Blech- und Emaillewaren	7	309
Drahtwaren	8	354
Zinn- und Bleiwaren	8	345
Aluminiumwaren	29	952
Knöpfe und Kleinmetallwaren	176	3752
Metall- und Steinbearbeitungsmaschinen	10	268
Installationsmaterial	49	1385
Summe	401	8629
Metall- und Elektroindustrie insgesamt (Gruppen V – VIII)	633	10599
Industrie und Handwerk insgesamt	1361	13455

Quelle: Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925: Gewerbliche Betriebszählung, in: Statistik des Deutschen Reichs (StDR) Bd. 416,8b(1929), S. 93 - 97.

Ähnlich tiefgreifend wie die Kartellierung wirkte sich die Konzentrationsbewegung aus. Die Gefahr, dass Großkonzerne die unterkapitalisierten Lüdenscheider Traditionsunternehmen schlicht aufkauften, war seit der Mitte der zwanziger Jahre evident. Wie ein Fanal wirkte die Eingliederung eines der ältesten und erfolgreichsten Unternehmen des Raumes, der Stahlwerke Brüninghaus in die Vereinigten Stahlwerke.⁴⁷⁾ Die Familienbetriebe in der südlichen Mark boten eine leichte Beute sowohl für einen Großkonzern wie die Vereinigten Stahlwerke, der sie zur Abrundung seines Angebots und zur Preissicherung benötigte, als auch für Spekulanten. Einem dieser Glücksritter, Kurt Gumpel, fiel 1926 eine der ältesten Elektrofabriken des Kreises, Gebrüder Jaeger, zum Opfer, die sich unter anderem mit dem Kauf einer Fabrik in Aue (Thüringen) übernommen hatte. Durch Spekulationen mit den Aktien der F. W. Busch AG gelang auch die Übernahme dieser Firma. Im Herbst 1926 wurde aus diesen beiden die Vereinigten Elektrotechnischen Fabriken F.W. Busch & Gebr. Jaeger AG fusioniert, und bald darauf gelang Gumpel, der aus einer österreichischen Bankiersfamilie jüdischer Herkunft stammte, auch die Übernahme des wichtigsten örtlichen Konkurrenten im elektrotechnischen Bereich, der Lüdenscheider Metallwerk AG, deren ursprünglicher Name, Basse & Fischer, einen kaum weniger guten Klang hatte als Busch und Jaeger.⁴⁸⁾

Die Fusion dieser beiden Firmen wurde erst vollzogen, als der Gumpel-Konzern während der Weltwirtschaftskrise in Konkurs ging und seine Aktienbeteiligung an den Lüdenscheider Unternehmen von der Dresdner und der Commerzbank übernommen wurde. Zum 1. Januar 1933 entstand die Busch-Jaeger Lüdenscheider Metallwerke AG mit einem Aktienkapital von 1,5 Mio. Mark. Sie war fortan das bedeutendste Lüdenscheider und zugleich eines der wichtigsten Elektroinstallationsunternehmen, obwohl mit der Fusion eine schmerzhaft Sanierung und eine beträchtliche Kapitalherabsetzung (zusammen ursprünglich 7,572 Mio. Mark) einherging.⁴⁹⁾ Die Busch-Jaeger LMW war mit einem Halbzeugwerk in Schalksmühle bei Lüdenscheid, einem Kunststoffpresswerk in Aue und einer Porzellanfabrik in Hof so weit ‚vertikal‘ integriert wie es nach den Erfahrungen der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre angemessen schien. Zugleich wurde sie - nachdem die Banken ihr Aktienpaket nach der Machtübernahme an Günter Quandt verkauft hatte - als Teil eines wachsenden, anonym regierten Großkonzerns geführt.

Während die Mark bei der Gründung der Busch-Jaeger LMW wenigstens noch das Gravitationszentrum des Unternehmens blieb, war noch nicht einmal dies bei der zweiten größeren Fusion der Fall. 1927 entstand aus der Basse & Selve AG in Altena, der Carl Berg AG in Werdohl und schließlich der Carl Heckmann AG in Duisburg die Berg-Heckmann-Selve AG. Nach weiteren Krisen fusionierte dieses Unternehmen 1930 mit drei in Frankfurt, Nürnberg und Mannheim gelegenen Betrieben der Metallgesellschaft zu den Vereinigten Deutschen Metallwerken (VDM) fusionierte.⁵⁰⁾ Das neue Unternehmen spezialisierte sich auf die Halbzeugherstellung und legte ungünstig gelegene Betriebe still, nicht zuletzt die Fabrik der Wilhelm Berg KG am Lüdenscheider Bahnhof.⁵¹⁾ „In der heutigen Zeit könne man sich nicht klein genug setzen, um die Krisis zu überstehen“, hieß es im Vorstand der Gesellschaft 1932.⁵²⁾ 1934 verlegte die Firma ihren Sitz von Einsal bei Altena nach Frankfurt, 1941 schließlich wurden die bis dahin noch gebräuchlichen älteren Firmennamen für die Zweigwerke (Basse & Selve, Carl Berg) getilgt.⁵³⁾ Obwohl die märkischen Zweigniederlassungen für vier Fünftel des Grundbesitzes der VDM stan-

38) Büren, S. 15f.; WWA N 14/4 Archivsache Winkhaus, S. 1880.

39) Eine Liste der Kartelle der Eisen- und Metallwarenindustrie in: Die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie, S. 274 - 277; Robert Liefmann, Kartelle, Konzerne und Trusts, Stuttgart 1927, S. 39f.

40) Ebd., S. 37.

41) WWA N 29/31, Bericht aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Wirtschaftsvereinigung Deutscher Messingwerke, 17.6.38, S. 17 - 22.

42) WWA S 7/97, Vereinigte Deutsche Metallwerke AG, Bericht über das Geschäftsjahr 1930/31, S. 9; WWA S 7/190, Busch-Jaeger LMW AG, Bericht über das Geschäftsjahr 1932/33, S. 8.

43) Ulrich Nocken, Inter-Industrial Conflicts and Alliances as Exemplified by the AVI-Agreement, in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 693 - 704; Die deutsche Eisen- und Stahlwarenindustrie, S. 473f. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise, 1924 - 1936, Stuttgart 1988, S. 161ff.

44) WWA N 29/31, Bericht aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Wirtschaftsvereinigung Deutscher Messingwerke, 17.6.38, S. 29 u. 100 - 103.45

45) Vgl. Herbig, S. 40.

46) StadtA Lüd, Bussemer, S. 10f.

47) Zu Brüninghaus, Henne, S. 432ff.

48) Zur Geschichte der Busch-Jaeger LMW vor allem: StadtA Lüd, Bussemer, hier S. 18ff.

49) WWA S 7/190, Busch-Jaeger LMW AG, Bericht über das Geschäftsjahr 1932/33, S. 10 - 19.

50) WWA S 7/97, Vereinigte Deutsche Metallwerke, Beilage zum Geschäftsbericht 1938/39, S. 2 - 5.

51) StadtA Lüd, C 1127, Otto Lesser, Westfälische Aluminiumindustrie Jünger & Co. KG Geschichte eines Märkischen Unternehmens, S. 52 - 53.

52) WWA F 25/70, Niederschrift der Vorstandssitzung der VDM, 18.2.32, S. 3.

53) WWA F 25/70, Unholtz (VDM) an Rudolf Berg, 8.7.41.

den, waren sie in der Gesellschaft vollends an den Rand gedrängt.

Der eigentlich bedeutende Vorgang für die Lüdenscheider Geschichte lag jedoch darin, dass der ehemalige Prokurist der Wilhelm Berg KG, Ernst Jünger, das Potential der Fabrik am Lüdenscheider Bahnhof erkannte, die Anlagen von der VDM zunächst - 1932, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise - pachtete und schließlich, 1938/39, erwarb. Eine der ältesten Metallwarenfabriken Lüdenscheids wurde mithin unter neuem Namen, Westfälische Aluminiumindustrie Jünger & Co., mit beträchtlichem Erfolg fortgeführt. Während eine Fabrik in Lüdenscheid aus der Rationalisierungsperspektive kaum noch Standortvorteile aufwies, war sie für einen Unternehmer, der die Eigenheiten des Lüdenscheider Systems kannte, eine Goldgrube.

II. Die Gegner

Die höchst willkürliche Kartellpolitik der Ruhrgebietsindustrie war das wichtigste Motiv der Lüdenscheider Unternehmer, sich dem Nationalsozialismus zuzuwenden. Als 1931 der Preis für Eisen- und Stahl abermals drastisch fiel, kündigte sie das AVI-Abkommen, um nicht mehr die beträchtlichen Exportprämien zahlen zu müssen, und überantwortete die verarbeitende Industrie einem ungewissen Schicksal. Wenig verwunderlich, dass sich gerade die metallverarbeitende Industrie früh auf die Seite der vermeintlich mittelstandsfreundlichen Politik der NSDAP schlug.

Die Depression wirkte sich hingegen im Märkischen Revier höchst ungleichmäßig aus. In der Krise erwies sich die Flexibilität des Lüdenscheider Systems. Die Möglichkeit, durch den Schritt in die Selbständigkeit der Arbeitslosigkeit zu entgehen, war in der südlichen Mark ein akzeptierter Schritt und er wurde weithin genutzt. In Lüdenscheid und Iserlohn war die Weltwirtschaftskrise im Unterschied zu den schwerindustriellen Mittelstädten in Westfalen, aber auch zur märkischen Industriehauptstadt Hagen recht schnell vorübergezogen.⁵⁴⁾

Tabelle 3: Arbeitslosigkeit im Bereich der Arbeitsämter Lüdenscheid, Iserlohn, Hagen, Witten, Bochum und Bottrop 1931 - 1936: Arbeitssuchende bzw. Arbeitslose pro 1.000 Einwohner.¹

¹ Stand jeweils am 31. März eines Jahres

Jahr	1931	1932	1933	1934	1935	1936
Arbeitsamt						
Lüdenscheid	64,3	89,9	70,8	14,6	12,6	4,6
Iserlohn	86,3	113,8	100,2	33,6	25,8	17,4
Hagen	104,9	132,1	135,5	64,1	51,6	33,9
Witten	96,1	124,8	121,6	64,7	56,0	42,7
Bochum	87,7	122,9	108,5	54,8	45,6	33,8
Bottrop	90,9	128,1	127,6	73,3	73,6	62,3

Quelle: WWA K 1/3280, Mitteilungen zur Statistik des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe 8 (1931) - 13 (1936)

Lüdenscheid wurde jedoch in besonderer Weise von jenen mittelständischen Industriellen geprägt, die sich früh auf die Seite der NSDAP schlugen. Als Wilhelm Keppler 1932 von Hitler den Auftrag erhielt, einen wirtschaftspolitischen Beraterkreis zusammenzustellen, wandte er sich zunächst an seinen Neffen, Fritz Kranefuß, zu dieser Zeit der Privatsekretär Gumpels. Kranefuß konnte als einen der ersten jenen Manager gewinnen, der sich seit 1926 mit der Sanierung der Lüdenscheider Metallwerke abmühte. Hellmuth Roehnert, 1888 in Walsrode geboren,⁵⁵⁾ wurde fortan als Wirtschaftsfunktionär der Partei in immer bedeutenderen Funktionen eingesetzt. Direktor bei der Busch-Jaeger LMW trat er im Februar 1935 als

Schlichter beim Zwangsverkauf des Junkers-Konzerns auf. 1936 bestellte ihn das Reichsluftfahrtministerium zum stellvertretenden, bald darauf zum Aufsichtsratsvorsitzenden von Junkers.⁵⁶⁾ 1939 wurde Roehnert Vorstandsvorsitzender von Rheinmetall-Borsig und danach mit zentralen Posten in den Kontrollgremien aller Unternehmen der endverarbeitenden Rüstungsindustrie bedacht, die mit staatlicher Beteiligung vor allem in Österreich und im „Protektorat“ entstanden. Die Unternehmen des „Waffenblocks“ der Reichswerke Hermann Göring standen sämtlich unter der Kontrolle Roehnerts, die Reorganisation dieses Riesenunternehmens im Winter 1940/41 musste auch durchgeführt werden, um seine Einflussphäre gegen die von Paul Pleiger abzugrenzen. Gegen Kriegsende hielt er Mandate in über 40 Aufsichts- und Beiräten. Sein wachsendes Vermögen nutzte er allerdings dazu, das Unternehmen Schritt für Schritt aufzukaufen, aus dem er ursprünglich stammte: Die Busch-Jaeger LMW.



Hellmuth Roehnert (Mitte mit Hut und Mantel) mit Mitgliedern des Aufsichtsrates der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG im Mai 1942

Roehnerts Aufstieg in den Spitzenunternehmen der deutschen Rüstungswirtschaft belegt allerdings auch, dass er wenig Verständnis für marktlich geregelte Systeme hatte, in denen die Linie zwischen den Unternehmen sowie und Unternehmer und Arbeiter nicht scharf durchgezogen war. Der Manager Roehnert fügte sich nicht in das Lüdenscheider System, sondern setzte er sich über informelle Regeln hinweg, die im Verkehr zwischen den Firmen galten. Als 1927 die Interessensgemeinschaft zwischen Busch-Jaeger und den LMW mit dem üblichen Austausch der Vorstandsmandate besiegelt wurde, nahm Roehnert dies zum Anlass, sich unmittelbar in die Geschäfte der LMW einzumischen, während

„der vornehme alte Max Basse [in den Vorstand von Busch-Jaeger gewählt] sich der größten Zurückhaltung befleißigte.“⁵⁷⁾ Die Errichtung der Hellmuth-Roehnert-Siedlung, die größte Unternehmenssiedlung in Lüdenscheid, hatte auch den Zweck, den Beschäftigten in mehrfacher Hinsicht ihren Platz zuzuweisen: Einen Platz zum Wohnen, den Platz als Arbeiter und den Platz im Betrieb. Die Bindung einer Stammarbeiterschaft durch eine Werksiedlung wich indes von der Lüdenscheider Übung deutlich ab.



Die Hellmuth-Roehnert-Siedlung in Lüdenscheid (heute: Busch-Jaeger-Weg)

Allerdings nutzte Roehnert die Eigenheiten des Lüdenscheider Systems auch, um anderen nationalsozialistischen Funktionären den Weg in die Ehrbarkeit zu ebneten. Bereits 1929 setzte er, mit der Schlichtung eines Erbschaftsstreits bei Berg & Nolte beauftragt, kurzerhand den späteren Kreiswirtschaftsberater der Partei, Sommer, als alleinigen Geschäftsführer ein,⁵⁸⁾ während er dem Kreisleiter der Partei, Borlinghaus, zu einer lukrativen Vertretung verhalf, nachdem dieser zuvor schon von Ed. Hueck hofiert worden war. Schließlich gelang es Dr. Sommer & Borlinghaus, gemeinsam eine Werkzeugbauanstalt zu gründen, wodurch sie tatsächlich „voll in die Lüdenscheider Wirtschaft und Gesellschaft“ integriert waren.⁵⁹⁾

Roehnerts Aufstieg ging mit der Erholung der Busch-Jaeger LMW einher. Bedingt durch die bereits Anfang der dreißiger Jahre erreichte Integration konnte das Unternehmen sowohl als Elektroinstallationshersteller als auch - mit dem Werk in Schalksmühle - als Halbzeughersteller in der nationalsozialistischen Aufrüstung reüssieren. Nach der Abwicklung weniger Unteraufträge für das zu Siemens gehörende Luftfahrtgerätewerk Hakenfelde gelang der Busch-Jaeger LMW jedoch der Durchbruch, als sie 1938 zum Lieferanten der Trennverteilersätze für das Ju 88-Programm bestellt wurde. Trennverteiler dienen dazu, Unterbrechungen des Stromkreislaufs im Kampfflugzeug zu überbrücken und durften in keinem Flugzeug fehlen.⁶⁰⁾ Damit war die Firma Teil eines der größten Rüstungsprogramme des Dritten Reiches, das zeitweise fast die gesamte Industriekapazität der Luftwaffe in Anspruch nahm und sie konnte sich an das 1939/40 bereits fünftgrößte deutsche Unternehmen, die Junkers Flugzeug- und -Motorenwerke AG anlehnen. Entsprechend gestaltete sich die Ertragslage. Ein Unternehmen, das zur Zeit seiner Gründung 1932 ganz beträchtliche Verluste abbauen musste, triefte 1941/42 förmlich vor Fett. Die Bilanz zum 30. April 1941 wies kurzfristige Verbindlichkeiten aus, die nur rund ein Drittel der Vorräte und halbfertigen Erzeugnisse ausmachten. Der weit überwiegende Teil des Fremdkapitals bestand aus Rückstellungen (für Abschreibungen und mögliche Verluste), die freilich das gesamte Anlagevermögen um rund ein Drittel überstiegen.

Die Busch-Jaeger LMW unterschied sich mithin von der Mehrheit der Unternehmen in Lüdenscheid dadurch, dass sie überhaupt in die Aufrüstung einbezogen wurde. Selbst wenn die Wirtschaftsinspektion VI des Wehrwirtschaftsstabes im Kriegsministerium, die das Gebiet der Provinzen Westfalen und Rheinland betreute, eine ihrer sieben Wehrwirtschaftsstellen nach Lüdenscheid verlegte, sagt dies wenig über die Bedeutung der Industrie der Stadt für die nationalsozialistische Rüstung aus. Die Rüstungsanstrengungen der Wehrmacht konzentrierten sich, wenn nicht Spezialgerät gefordert war, während der Aufrüstung auf Mittel- und Großbetriebe, und davon gab es in Lüdenscheid und in der Mark nur relativ wenige. 1937 betreute die Wehrwirtschaftsstelle (später das Rüstungskommando) Lüdenscheid im südlichen Westfalen ohne Dortmund insgesamt nur 65 Unternehmen.⁶¹⁾ In einer Aufstellung der Wirtschaftsinspektion VI für das Reichsluftfahrtministerium (RLM) über jene Betriebe, die in ihrem Gebiet weit überwiegend oder teilweise für die Luftwaffe arbeiteten, erschienen aus Lüdenscheid nur die vier größten und ein Spezialhersteller: Busch-Jaeger LMW, Ed. Hueck, Westfälische Kupfer- und Messingwerke vorm. Caspar Noell, Berg & Nolte sowie Markes & Co.⁶²⁾ Es war von Zufällen wie jenem abhängig, dass ein Vertreter von P.C. Turck Wwe. 1935 entdeckte, dass die Magdeburger Firma Polte - einer der wichtigsten Munitionshersteller - Engpässe bei der Belieferung mit Munitionshülsen hatte, um einen der typischen Lüdenscheider Betriebe mit regelrechter Rüstungsfertigung zu versorgen.⁶³⁾ Die traditionellen Linien der Produktion für das

54) Schmidt, S. 94f.

55) Zur Biographie StadtA Lüd, Bussemer, S. 22f.

56) Lutz Budraß, Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland, 1918 - 1945, Düsseldorf 1998, S. 439ff.

57) StadtA Lüd, Bussemer, S. 24.

58) Ebd., S. 93, WWA N 14/4, Archivsache Winkhaus, S. 1925.

59) StadtA Lüd, Bussemer, S. 94. Zu Borlinghaus s. Michaela Häffner, Sozialprofil und Karriere eines Repräsentanten des regionalen NS-Führerkorps: der NSDAP-Kreisleiter Walter Borlinghaus, in: Dies. und Eckhard Trox (Hg.): Lok-

kung und Zwang. Die Stadt Lüdenscheid im Nationalsozialismus, Lüdenscheid 1999, S. 69 - 90.

60) StadtA Lüd, Bussemer, S. 107ff.

61) Bundesarchiv-Militärarchiv (BArch-MA) RW 19/1989, Verteilung der R-Betr. Auf die W.In. u. WWi.St., Stand vom 1.8.37.

62) BArch-MA RL 3/413, Wirtschafts-Inspektion VI an RLM, 30.6.36.

63) StadtA Lüd, Sammlung Dokumente zur Stadtgeschichte, Firmen Sch - T: Marie Schmidt, Geschichte der Firma P.C. Turck Wwe. von 1891 - 1991, S. 7.

Militär herrschten vor, die Effekten- und Abzeichenherstellung.⁶⁴ Die Firma F.W. Assmann & Söhne, führend in der Effektenherstellung, verfünffachte die Zahl ihrer Mitarbeiter zwischen 1933 und 1936 auf 365, nicht zuletzt durch einen Spross der Familie beflügelt, der Stabschef der Reichszeugmeisterei der NSDAP war.⁶⁵ In den Jahren zwischen der Machtergreifung und dem Beginn des Krieges schossen zahlreiche Abzeichenhersteller aus dem Boden, die in den Gliederungen von NSDAP und Hitlerjugend einen höchst rabiaten Vertrieb besaßen: „An diesem Tag wurden Winterhilfsabzeichen verkauft, welche, in Glas geschnitten, die Köpfe der ‚großen Deutschen‘ darstellten. (...) Ich hatte die ganze Sammlung blauen Glases auf den Tisch gehäuft. Trotzdem trat ein SS-Mann mit mehreren Sternen an den Tisch. Ich wies auf die Abzeichen, die vor mir lagen und sagte: ‚Ich habe schon genug! Aber der SS-Mann ließ sich nicht abweisen, er sagte, er habe noch mehrere Abzeichen mit dem Bilde des Führers. Ich sagte ärgerlich: ‚Vom Führer habe ich auch genug.‘“⁶⁶

Bis zum Kriegsbeginn erlebte das Lüdenscheider System eine zweite Blüte, ganz im Gegensatz zur Entwicklung zehn Jahre zuvor. Zwischen 1933 und 1939 verdoppelte sich die Zahl der Betriebe in der Metall- und Blechwarenindustrie. Nach dem Stand von 1935 wurde fast die Hälfte aller Koppelschlösser und ein Drittel aller Militäreffekten in Lüdenscheid hergestellt.⁶⁷ Einen ähnlichen Aufschwung nahmen die Fabrikanten von Elektroartikeln. Sie und die Masse der neuen Unternehmen waren jedoch Klein- und Kleinstwerkstätten, die trotz aller Anstrengungen der Gewerbeaufsicht diese Gegenstände, aber auch Taschenschlösser, Strumpfbandhalter, Bubi-kopfklammern und Winterhilfswerkabzeichen immer noch in Heimarbeit fertigen ließen.⁶⁸

Wegen der Metallbewirtschaftung konnten die Lüdenscheider Unternehmen allerdings immer weniger auf die traditionellen Messing-, Kupfer- und schließlich Aluminiumhalbzeuge zurückgreifen.⁶⁹ Wenn nicht Zink als einziges verfügbare Ersatzmetall neben Eisen einzusetzen war, mussten zunehmend, in der Abzeichenindustrie und bei der Herstellung von Elektroinstallationsmaterial, Kunststoffpressteile verwendet werden. Die Vorkriegs- und Kriegszeit wurde für die Lüdenscheider Industrie durch eine Werkstoffumstellung charakterisiert, die kaum weniger tiefgreifend war als die massive Einführung des Aluminiums während des Ersten Weltkriegs. Abermals durch die Verfügbarkeit von Graveuren und Werkzeugmachern begünstigt, entstanden allenthalben Kunststoffpressereien, die teils auch Ableger der etablierten Metallwarenhersteller waren.⁷⁰ Der Gründungsboom flachte erst ab, als sich die ungünstige verkehrstechnische Anbindung Lüdenscheids bemerkbar machte. Die Stadt lag an keiner Durchgangsstrecke der Eisenbahn, und die Kraftfahrzeuge wurden requiriert: 1939 waren 1439, 1943 nur noch 877 angemeldet.⁷¹ Nachdem mit der Firma Dr. Deisting bereits ein wichtiger Elektrohersteller in Kierspe, einem im Kreis Altena an der Bahnlinie zwischen Hagen und Siegen gelegenen Vorort von Lüdenscheid ansässig war, entwickelte sich Kierspe-Bahn-

hof zum bedeutendsten Standort der neuen Unternehmen des Kunststoffbereichs.

Tabelle 4: Registrierte Kunstharzpressereien im Kreis Altena und in Lüdenscheid

	1932	1935	1938	1939	1940	1942
Lüdenscheid	8	9	10	12	12	18
Altena	15	13	20	23	24	33

Quellen: Elektrotechnische Zeitschrift 53(1932) S. 1258-1261, 56(1935), S. 1312 - 1314, Kunststoffe 28(1938), S. 184-187, 29(1939), S. 95-99, 30(1940), S. 83-87, 32(1942), S. 277- 285.

Zudem beruhten die Absatzerfolge der Metallwarenindustrie notwendigerweise auf einer ausgesprochenen Binnenkonjunktur. Zwar verdoppelte sich der Wert der Produktion zwischen 1933 und 1936, der Ausfuhranteil der deutschen Metallwarenindustrie betrug jedoch 1936 nur noch 12,9%, während er 1933 noch bei 26% gelegen hatte.⁷² Als 1938 von einer zunehmenden Sättigung der Auslandsnachfrage bei den Lüdenscheider Artikeln berichtet wurde, war dies am Vorabend des Krieges ein durchaus beunruhigendes Zeichen für die Industrie.⁷³

III. Der Untergang des Lüdenscheider Systems

Bald nach Kriegsbeginn keimten die ersten Forderungen nach einem Abbau des allzu arg verdichteten und vermeintlich unrationell arbeitenden Lüdenscheider Industriesystems neu auf. Als die Reichsstelle für Raumordnung 1942 Untersuchungen über den Wandel der Industrieverteilung während des Kriegs anstellte, bemerkte einer ihrer Vertreter im Anschluss an einen Besuch in Lüdenscheid, Iserlohn und Altena: „Eng gepresst nebeneinander liegen Wohn- und Industriegebiete hintereinander geschachtelt, dazwischen Straßen und Bahnen in außerordentlicher Geengtheit.“ Es sei daher verständlich, dass sich die Landesplanung in Westfalen „gegen jeden Neuanfang von Industrie oder deren Erweiterung in diesen Gebieten wehrt, und die Verlagerung der Industrie [...] in die aufnahmefähigen Gebiete Westfalens [...] anstrebt.“⁷⁴ Die Lüdenscheider Betriebe mussten jede Chance wahrnehmen, um weiter produzieren zu können. Sie kam mit dem sogenannten Munitionsprogramm im Herbst 1939, das zum Ziel hatte, den im Krieg gegen Polen gefährlich abgesunkenen Munitionsvorrat des Heeres aufzustocken.⁷⁵ Nachdem das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt noch im September 1939 erwogen hatte, das Eisenkontingent der Eisen- und Stahlwarenindustrie komplett einzuziehen⁷⁶ - in der Annahme, dass die Kleinbetriebe im südmärkischen Revier ihre Zuteilung allzu unwirtschaftlich verwendeten - gelang nun ein Schritt, an dem andere Programme des Heeres und der Luftwaffe - auch das Ju 88-Programm - zuvor gescheitert waren. Die Rüstungskommandos gingen gezielt auf die märkischen Betriebe zu,⁷⁷ und banden die Metall-, Eisen- und Stahlwarenhersteller in die Munitionsfertigung kleiner Kaliber, vor allem aber in die technisch anspruchslose Näpfchenproduktion ein.⁷⁸

Bei der Herstellung dieses Vorprodukts, aus dem an anderer Stelle Munitionshülsen gezogen wurden, fanden sich die Lüdenscheider Betriebe allerdings unter Wert eingesetzt, während die Aufträge für die Metallwarenspezialitäten der Stadt zu Fabriken in den besetzten Gebieten umgelenkt wurden.⁷⁹ Die Näpfchenherstellung verschaffte zudem nur den mittelgroßen Lüdenscheider Betrieben eine Atempause. Für die Masse der kleinen Lüdenscheider Unternehmen, auch die Konjunkturgründungen vor Kriegsbeginn, schien die Zeit der Schonung abgelaufen: Im April 1942 stellte der Oberpräsident von Westfalen eine erste Liste von Betrieben auf, die als Rationalisierungsmaßnahme stillzulegen waren, darunter sechs Lüdenscheider Hersteller von Haushaltsgegenständen.⁸⁰ 1943 wiederholte sich der Vorgang, als im Frühjahr abermals Lüdenscheider Firmen zur Stilllegung vorgemerkt wurden, und der Bezirksbeauftragte des Rüstungsministeriums im Sommer eine Konzentration der erheblich übersetzten Uniformeffektenindustrie forderte.⁸¹

Die Idee, durch Stilllegungen Maschinen und Arbeitskräfte leichter Hand umsetzen zu können, war jedoch abwegig. Obwohl sie sich ausdrücklich der seit den zwanziger Jahren verkündeten Formeln über die Unwirtschaftlichkeit der Kleinindustrie bedienten, stießen die Vorschläge auf den Widerstand gerade der nationalsozialistischen Wirtschaftsfunktionäre. Die Repräsentanten der NSDAP vor Ort, der Kreisleiter und der Kreiswirtschaftsberater, begriffen die Stilllegungsfrage als Bewährung für ihr Ansehen in der örtlichen Gesellschaft und erwiesen sich als zähe Gegner der in Münster und Bochum entworfenen Listen.⁸² Sie konnten erstens darauf verweisen, dass die Produkte der vorgemerkten Firmen allesamt auf die eine oder andere Weise unentbehrlich für die Rüstung waren,⁸³ so auch Korsetthalter für die „Gesundheit [...] der grossen Zahl in der Rüstungsindustrie beschäftigten Frauen.“⁸⁴ Zumal wenn Heimarbeitsbetriebe betroffen waren, machte diese Form der Rationalisierung zweitens nur noch Arbeitskräfte frei, die ohnehin nicht anderwärts eingesetzt werden konnten. Unter den 10 Beschäftigten der im Frühjahr 1943 ausgewählten Firma Wilhelm Deumer befanden sich „acht weibliche in nicht mehr umsetzungsfähigen Alter.“⁸⁵

Der Kleinkrieg über die Stilllegung von Firmen zog sich derart in die Länge, dass das Rüstungsministerium schließlich einlenken musste. Albert Speer wies seine Beauftragten im August 1943 an, dass „grundsätzlich keine Kleinbetriebe zur Stilllegung kommen (sollen), bei denen arbeitseinsatzmäßig keine Erfolge erzielt werden. Speer würde es daher vorziehen, lieber einen größeren Betrieb des Gewerbes zur Stilllegung zu bringen, um damit eine entsprechende Zahl von Arbeitskräften für die Rüstung zu gewinnen.“⁸⁶ Die im September 1943 begonnene sogenannte Wissmann-Aktion machte bis Mai 1944 rund 220.000 Arbeitskräfte frei, von denen nur 10.000 aus Betrieben der Eisen-, Stahl und Metallwarenindustrie stammten. Die durchschnittliche Größe der geschlossenen Werke lag bei 130 Beschäftigten.⁸⁷

64) Eckhard Trox, Knöpfe, Krieg und Kapitalismus. Der Zusammenhang zwischen Armeebedarf, sozialem Militarismus und wirtschaftlicher Entwicklung, in: Ders. (Hrsg.), „Fliegt in alle Länder und empfiehlt uns!“ Gesellschafts- und wirtschaftsgeschichtliche Studien zur Lüdenscheider- und Wuppertaler Metallknopf- und Abzeichenindustrie im 19. und 20. Jahrhundert, Lüdenscheid 1996, S. 62ff.

65) Michaela Häffner, Die Lüdenscheider Unternehmer Max Kamper und Hans Assmann, in: Dies. und Eckhard Trox (Hg.): Lockung und Zwang. Die Stadt Lüdenscheid im Nationalsozialismus, Lüdenscheid 1999, S. 120 - 122.

66) Ernst v. Salomon, Der Fragebogen. Hamburg 1951, S. 467.

67) Häffner, Lüdenscheider Unternehmer, S. 122.

68) StA Münster, Regierung Arnsberg 6-390, Überwachung der Heimarbeit im Jahr 1934.

69) Universitätsbibliothek Bochum, Schrifttendpot (UB Bochum), British Intelligence Objectives Subcommittee (BIOS) Final Report (FR) 1159, The Uses of Zinc in Germany, S. 5. Büren, S. 50.

70) Karl-Friedrich Menn, Die Entwicklung der kunststoffverarbeitenden Industrie im Kreis Lüdenscheid, in: Der Märker 21 (1972), S. 87.

71) S. die Zahl der polizeilich registrierten Kraftfahrzeuge in den Verwaltungsberichten der Stadt, StadtA Lüd.

72) Die deutsche Metallwarenindustrie, in: Wirtschaft und Statistik 16 (1936), S. 394f.; Die deutsche Industrie, 102f., Büren, S. 49.

73) BArch-MA RW 19/50, Wirtschaftsinspektion der Rüstungsinspektion VI über Mai 1938, 9.6.38.

74) BArch R 113/378, Reisebericht über die Dienstreise vom 7. 10.-10.10.1942.

75) Zum Munitionsprogramm Rolf-Dieter Müller, Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung, in: Organisation und Mobilisierung des Deutschen Machtbereichs. Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939 - 1941, Stuttgart 1988 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/1), S. 422 ff.

76) BArch-MA RW 19/172, Aktenvermerk über Besprechung bei General Thomas über Eisen-/Stahlkontingent, 23.9.39.

77) BArch-MA RW 19/56, Wirtschaftsberichte der Rühl VI, 8.11.39, Liste der Fertigungsmöglichkeiten.

78) Zu diesem Komplex siehe die zahlreichen Einzelnachweise im Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Lüdenscheid, BArch-MA RW 21-41.

79) Das galt auch für die Firma Assmann, BArch/MA RW 21-41/5, Bl. 43, Bericht des Rüstungskommandos Lüdenscheid über November 1943.

80) StA Münster, Gauwirtschaftsberater 399, Oberpräsident Westfalen an Gauleitung Westfalen-Süd, 2.4.42.

81) StA Münster, Gauwirtschaftsberater 239, Kreiswirtschaftsberater Altena/Lüdenscheid an Gauwirtschaftsberater, 24.3.43 und andere Stücke in dieser Akte; StA Münster, Gauwirtschaftsberater 233, Wirtschaftsgruppe Papierverarbeitung, Stellungnahme zur Liste der Stilllegungsvorschläge im Landeswirtschaftsamt Münster, 10.4.43 und andere Stücke in dieser Akte; StA Münster, Gauwirtschaftsberater 237, Bezirksbeauftragter an Gauwirtschaftsberater, 20.8.43.

82) „Abschließend gestatte ich mir zu bemerken, dass die Stilllegungsvorschläge augenscheinlich ohne jede Prüfung der näheren Umstände erfolgt sind“: StA Münster, Gauwirtschaftsberater 233, Begleitschreiben des Kreiswirtschaftsberaters Bracht zur Stellungnahme der Wirtschaftsgruppe Papierverarbeitung zur Liste der Stilllegungsvorschläge im Landeswirtschaftsamt Münster, 10.4.43.

83) StA Münster, Gauwirtschaftsberater 399, Gauwirtschaftsberater an Oberpräsident Münster, betr. Stilllegungen in der Wirtschaftsgruppe Metallwaren, 21.7.42.

84) StA Münster, Gauwirtschaftsberater 237, Kreiswirtschaftsberater Bracht an Gauwirtschaftsberater, 2.9.43.

85) StA Münster, Gauwirtschaftsberater 239, Kreiswirtschaftsberater Bracht an Gauwirtschaftsberater, 24.3.43.

86) StA Münster, Gauwirtschaftsberater 237, Gauamtleiter Bornemann an Kreiswirtschaftsberater Bracht, betr.: Stilllegungsabsichten des Sonderausschusses Uniformeffekten, 18.8.43.

87) Hans-Joachim Weyres-von Levetzow, Die deutsche Rüstungswirtschaft von 1942 bis zum Ende des Krieges, Diss. München 1975, S. 109 - 113.

Das Ende des Lüdenscheider Systems kam stattdessen mit den Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Widerstände der örtlichen Stellen zu umgehen.⁸⁸⁾ Nachdem die Stilllegungsaktion im August 1943 vorläufig abgebrochen worden war, litt die Lüdenscheider Kleinindustrie um so mehr unter den „Auskämmungen“, die seit Kriegsbeginn auf der gesamten deutschen Industrie lasteten. Schon im Juni 1940 berichteten die Gewerbeaufsichtsämter im Regierungsbezirk Arnsberg, dass die Unternehmen des Bezirks keine Spielräume mehr für das Auskämmen von Arbeitskräften für die Wehrmacht oder andere Rüstungsbetriebe besäßen.⁸⁹⁾ Die Wehrersatzbehörden und die Rüstungsdienststellen zogen dennoch laufend jüngere Facharbeiter ab, seit der Wende vor Moskau mit steil ansteigender Tendenz. Als die Stilllegungsaktion bei den Uniformeffekten Ende August 1943 tatsächlich „abgeblasen“⁹⁰⁾ und an ihrer Stelle „Auskämmungen größten Ausmaßes“ angekündigt wurden, waren die Lüdenscheider Unternehmen längst auf ihren personellen Kern reduziert.

Es erwies es sich nicht so sehr als entscheidend, dass in manchen Betrieben die letzten Männer im Alter unter fünfzig Jahren abgezogen wurden, sondern vielmehr, dass die regionalen Dienststellen des Speer-Ministeriums und die Arbeitsämter den betroffenen Kleinbetrieben Ersatz verweigerten. Die Betriebe gerieten in jene Mühle von Arbeitskräfteanforderungen und -zuweisungen, in denen auch im Bereich der Zwangsarbeiter längst das Regime der Knappheit regierte. Zwar sollte die im August 1943 begonnene AZS-Aktion (Auskämmung des Zivilen Sektors) nicht mehr zu Stilllegungen führen.⁹¹⁾ Nur erhielten lediglich die eigentlichen Waffenproduzenten und ihre Lieferanten, die von den Rüstungskommandos des Speer-Ministeriums betreut wurden, ausreichend Ersatzarbeitskräfte, während die Konsumgüterbetriebe, die - unbeschadet ihrer „Kriegswichtigkeit“ - den zivilen Landeswirtschaftsämtern unterstellt waren, ein weit kleineres Arbeitskräftekontingent untereinander aufteilen mussten. Seit Sommer 1943 gaben die Kleinbetriebe reihenweise auf.

Der Anteil der vom Rüstungsministerium betreuten Betriebe ist mithin - ebenso wie die Quote der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen - ein genauer Indikator für die Chancen der Industrien, den Stilllegungs- und Auskämmungsaktionen zu entgehen und mithin auch für die Güte des jeweiligen Industriegefüges für die nationalsozialistische Rüstung. Die Stadt Lüdenscheid schnitt auch hier am schlechtesten von den Städten im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Hagen ab.

Tabelle 5: Betriebe, Beschäftigte und Betreuungsverhältnis der Unternehmen in den Städten des Bezirks der Industrie- und Handelskammer Hagen, November 1943

	Summe der Industriebetriebe		Darunter in der Betreuung des RmFRuK		v.H. Anteil der Betriebe /Besch. in der Betreuung RmFRuK	
	Betriebe	Besch.	Betriebe	Besch.	Betriebe	Besch.
Iserlohn	574	42165	58	23867	10,1	56,6
Hagen	343	36496	58	28518	16,9	78,1
Kr. Ennepe-Ruhr	479	50217	92	37734	19,2	75,1
Lüdenscheid	282	13464	34	6805	12,1	50,5
Altena	570	38080	78	21585	13,7	56,7

Quelle: WWA K1/3141, Gauwirtschaftskammer Westfalen-Süd, Abteilung Industrie, Statistik: Totalerhebung November 1943: Betreuungsverhältnis der Industriebetriebe bzw. Industriebeschäftigte im Gauwirtschaftskammerbezirk Westfalen Süd

Das ist die Erklärung für die niedrige Quote ausländischer Arbeiter in Lüdenscheid. Sie war nicht Resultat einer untypischen Distanzierung vom nationalsozialisti-

schen Zwangsarbeiterregime, sondern ein Zeichen dafür, dass den traditionellen Lüdenscheider Unternehmen keine Ersatzarbeitskräfte für Eingezogene zugewiesen wurden. Die Strategie, den Klein- und Kleinstbetrieben die Produktionsfaktoren vorzuenthalten, um sie langsam aber sicher zur Aufgabe zu zwingen, lässt sich an der Art und dem Umfang der Bereitstellung von Investitionsmitteln in gleicher Weise zeigen. Ein Unternehmen, das Rüstungsaufträge erhielt, hatte an den auch noch 1943 reich gefüllten Töpfen des Rüstungs- und des Reichsluftfahrtministeriums Anteil, aus denen Maschinen und Baukontingente, aber auch Kredite und Beihilfen verteilt wurden. Als die Ed. Hueck KG im Herbst 1942 ihr Leichtmetallwalzwerk erweiterte, wurde ihr knapp ein Viertel des Investitionsvolumens als Beihilfe gewährt.⁹²⁾ Den letzten Stoß versetzten dem Lüdenscheider System aber die örtlichen Großbetriebe, nicht zuletzt, da ihre Vertreter Posten in der industriellen Selbstverwaltung des Ministeriums Speer bekleideten: „Im weiteren Verlauf des Krieges lud das RLM alle unsere Wettbewerber im hiesigen Raum und eine Reihe von Zulieferern zu einer großen Sitzung in die Concordia in Lüdenscheid ein, sich als verlängerte Werkbank von uns für die Luftfahrtelctronik zur Verfügung zu stellen. Viele entsprachen diesem Vorschlag. Auf diese Weise konnten sie Arbeiter u.k. stellen lassen und sie bekamen Metall- und Eisenkontingente. Einige machten zögernd mit und engagierten sich auch bei anderen Firmen. Immerhin wuchs der Einfluss von Busch-Jaeger im hiesigen Bereich dadurch sehr. Hinzu kam, dass Busch und ich im Rahmen der Speerorganisation [...] regionale und überregionale Aufgaben übernehmen mussten“, schreibt Otto Bussemer.⁹³⁾



Gebäude der Firma Busch-Jaeger in Lüdenscheid an der Gartenstraße im Jahre 1938

Die größeren Betriebe ließen sich allerdings erst auf die Rolle der „Höllenhunde“ ein, die - wie es der Chef des Planungsamtes im Speerministerium, Kehrl, formulierte - in einem Akt der Selbstreinigung eine „wehrhafte Wirtschaft“ schufen,⁹⁴⁾ nachdem sich das Wirtschafts- und das Rüstungsministerium Anfang 1943 entschlossen hatten, die Kartelle zu sprengen und die marktregelnden Aufgaben auf die Fach- und Wirtschaftsgruppen zu übertragen. Auch die großen Halbzeughersteller sahen sich nun dem Effizienzdruck der Behörden in der totalen Kriegswirtschaft ausgeliefert. Sie konnten keineswegs sicher sein, dass „in der Friedenswirtschaft das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder eines Kartells wieder dem Führerprinzip vorangestellt wird.“⁹⁵⁾ Vor allem konnten sie nicht sicher sein, dass das Führerprinzip nicht viel eher dem scharfen Wind der Konkurrenz weichen würde.

Am Ende setzte sich damit ein qualitatives Gefälle in der Lüdenscheider Industrie durch. Ihre oberste Schicht bildeten jene Halbzeugwerke wie Busch-Jaeger LMW, Ed. Hueck oder Westfälische Kupfer- und Messingwerke, die früh für die Rüstung verpflichtet worden waren und sich im Verlauf der Krieges immer weiter in die Verarbeitung komplexer Waffen vorarbeiteten, die zweite die zahlreichen Munitionshersteller, die letztlich einer technischen

Verarmung ausgesetzt waren, zumal wenn ihre angestammte Produktionspalette in die besetzten Gebiete verlagert wurde, und die dritte in die verbliebenen Kleinbetriebe, die bei ihrer angestammten Produktion blieb, aber stets unter dem Druck standen, aufzugeben.

Als britische Untersuchungsgruppen die Lüdenscheider Industrie 1945 erkundeten, stellten sie diesen frappierenden Kontrast zwischen an sich verwandten Unternehmen heraus,⁹⁶⁾ der während des Krieges entstanden war. Heruntergekommene Kleinfabriken mit veralteten Werkzeugen lagen Tür an Tür zu hochmodernen Werken mit brandneuen Maschinenparks. Vor allem in den Halbzeugwerken war nach der Erkenntnis der Besatzungsmacht beträchtlich investiert worden,⁹⁷⁾ während alle anderen mehr denn je auf die Fertigkeit der verbliebenen Arbeiter vertrauen mussten. Als die Briten die Firma Friedrich Turck besuchten, musste ihnen der Geschäftsführer eingestehen, dass er über eine besondere Nickelplattierung keine Auskunft geben könne, da diese ein Geheimnis des Plattierers und der wiederum leider erkrankt sei.⁹⁸⁾ Wenn sich hier noch ein Nachklang des Lüdenscheider Systems zeigte, so waren die Folgen des Stilllegens und Auskämmens dauerhaft. Die Ausstattung mit Investitionen und Arbeitskräften während des Krieges setzte sich in einen Vorsprung bei der Ausgangslage um. Schon im Sommer 1945 nahmen die meisten Lüdenscheider Mittel- und Großbetriebe die Arbeit wieder auf, während die Kleinfabriken zurückstanden.⁹⁹⁾ Die ursprünglich zur Demontage vorgesehenen Werke Ed. Hueck und Westf. Kupfer- und Messingwerke blieben ungeschoren.¹⁰⁰⁾ Die Busch-Jaeger LMW, nach dem Selbstmord Roehner im Juni 1945 wieder alleiniger Besitz der Familie Quandt, stellte „eines der gesündesten Unternehmen in der gerade entstandenen Bundesrepublik“ dar.¹⁰¹⁾ Die kleinteilige Struktur in der Eisen, Blech-, Metallwaren- und Elektroindustrie blieb hingegen dauerhaft drastisch reduziert.

Tabelle 6: Betriebsstätten und Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie des Stadtkreises Lüdenscheid, 1925 bis 1950

Betriebsstätten	1925	1933 ¹⁾	1939	1943 ²⁾	1950 ²⁾
Industrie und Handwerk	1361	1425	2272	335	439
Metallhütten und -halbzeugwerke	40	12	31	14	16
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenind. ³⁾	351	475	964	214	234
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	25	22	74	18	21
Elektrotechnische Industrie ⁴⁾	76	22	237	34	69
Anteil Metall-/Elektroindustrie an Industrie und Handwerk	36,15	37,26	57,48	83,58	77,45
Anteil EBM-Waren an Industrie und Handwerk	25,79	33,33	42,43	63,88	53,30
Beschäftigte	1925	1933	1939	1943	1950
Industrie und Handwerk	13455	11983	16004	13464	12194
Metallhütten und -halbzeugwerke	799	787	576	2286	1159
Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenind.	7387	6876	9069	7196	6336
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	369	215	537	558	517
Elektrotechnische Industrie	1743	1460	2521	2892	2864
Anteil Metall-/Elektroind. an Industrie und Handwerk	76,54	77,93	79,37	95,90	89,19
Anteil EBM-Waren an Industrie und Handwerk	54,90	57,38	56,67	53,45	51,96

¹⁾ 1933 örtliche Einheiten, 1925 und 1939 technische Einheiten.
²⁾ 1943 und 1950 nach den Mitgliederangaben der Wirtschaftsgruppen bzw. der IHK Hagen zusammengestellt.

³⁾ 1943 Meldungen der Wirtschaftsgruppen Eisen-, Stahl und Blechwaren, Metallwaren und Werkstoffverfeinerung. Die Wirtschaftsgruppe Werkstoffverfeinerung war 1937 als Organisation jener Metall- und Eisenwarenhersteller gegründet worden, die vornehmlich Vorprodukte herstellten.

⁴⁾ 1950 im Sinne der Vergleichbarkeit mit den anderen Daten meldungen der Elektroindustrie plus Kunststoffverarbeitung.

Quellen: Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925: Gewerbliche Betriebszählung, in: StDR Bd. 416,8b, S. 93 - 97; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933: Gewerbliche Betriebszählung, in: StDR Bd. 464, 8, S. 53 - 57; Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 17./Mai 1939: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung, in: StDR Bd. 568,10, S. 53f.; WWA K1/3141, Gauwirtschaftskammer Westfalen-Süd, Abteilung Industrie, Statistik: Totalerhebung November 1943; Köllmann, S. 238 - 243.

88) Zur generellen Entwicklung s. Bernhard A. Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, Bevölkerungsverteilung und personelle Rüstung in der zweiten Kriegshälfte (1942 - 1944), in: Ders., Rolf-Dieter Müller; Hans Umbreit: Kriegswirtschaft, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942 - 1944/45, Stuttgart 1999, S. 885ff. (= Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, 5/2)

89) StA Münster, Regierung Arnsberg 6-58, Gewerberat Koch an Regierung Arnsberg, 8.6.40.

90) StA Münster, Gauwirtschaftskammer an Gauwirtschaftsberater, 27.8.43.

91) Kroener, S. 890f.

92) BA/Rch R 2/5539, Bl. 14f., Vertrag zwischen der Ed. Hueck KG und dem Reichsminister der Luftfahrt, 20.10.42.

93) StadtA Lüd., Bussemer, S. 110f.

94) Kroener, S. 888.

95) WWA N 29/1, Huppertz (Metallgesellschaft) an Horster (VDM), 3.1.44.

96) UB Bochum, BIOS FR 1225, The German Wire Goods Industry.

97) UB Bochum, BIOS FR 386, The Extruded Brass Rod Industry in Germany.

98) UB Bochum, BIOS FR 836, German Light Metal Industrie (Fancy Goods)

99) StA Münster, Arbeitsämter 1598, Betriebsliste, ca. Juli 1945.

100) Wolfgang Köllmann, Die strukturelle Entwicklung des südwestfälischen Wirtschaftsraumes 1945 - 1967, Hagen 1969, S. 234.

101) StadtA Lüd., Bussemer, S. 628.

Die Industrie Lüdenscheids und der südlichen Mark entwickelte sich wie es schon seit den zwanziger Jahren vorhergesagt worden war. Aus dem kleinteiligen System aus zahllosen Fabriken wuchsen nach dem Währungsschnitt Großbetriebe empor, die das lokale Industriesystem fortan dominierten. Das Lüdenscheider System bewies aber noch während der dreißiger Jahre seine besonderen Stärken. Der vergleichsweise mäßige Niederschlag der Weltwirtschaftskrise verdankte sich den Möglichkeiten zur Gründung eines Kleinbetriebes, die sich in der Stadt boten, wenn auch das Beispiel der Kunststoffverarbeitung zeigt, dass die bessere Verkehrsanbindung die Zugehörigkeit zum lokalen Industriennetzwerk nunmehr aufwog.

Es ist jedoch ein durchaus bemerkenswertes Resultat, dass die nationalsozialistische Konjunktur bis zum Kriegsbeginn zu einer extremen Verdichtung des Lüdenscheider Systems führte, gegen alle Lehren der Rationalisierungsbewegung der zwanziger Jahre. Und es ist ebenso bedenkenswert, dass diese Verdichtung während des Krieges nicht minder extrem zurückgenommen wurde. Um die Kleinfabriken stillzulegen, bedienten sich die Rüstungsbehörden der Argumente, die seit den zwanziger Jahren gegen die vermeintlich ineffiziente Nutzung von Ressourcen in der kleinteiligen Lüdenscheider und süd-märkischen Industrie vorgetragen wurden. Stilllegungen und „Auskämmungen“ erwiesen jedoch abermals den besonderen Vorzug eines Industriesystems, das nicht nur männlichen Facharbeitern auf dem Höhepunkt ihrer physischen Leistungsfähigkeit ein Auskommen sichern konnte. In Lüdenscheid konnten nur relativ wenige Ressourcen für die Front oder die Verwendung in anderen Teilen der nationalsozialistischen Rüstung freige-macht werden, und trotzdem wurde der Niedergang des lokalen Industriesystems durch die Verweigerung von Ersatzarbeitskräften und Kapital hingewonnen.

Drei Motive leiteten den Umbau des Lüdenscheider Systems in den letzten Kriegsjahren an: Unbeschadet der doch zweifelhaften Ergebnisse erstens ein unbeirrtes Festhalten an der Ideologie des Großbetriebs, der sich dem System der Klein- und Kleinstfabriken vermeintlich überlegen erwies, zweitens - damit in Verbindung - das Motiv der Kontrolle eines von außen nicht einsehbaren lokalen Geflechts von sozialer und politischer Herrschaft, die sich durch die besonderen ökonomischen Bedingungen in der Stadt vermittelte. Drittens schließlich das Motiv der örtlichen Großunternehmen, die trotz ihrer bevorzugten Ausstattung mit Produktionsfaktoren eine Gefahr für die dauerhafte Absicherung ihrer herausgehobenen Position im Wettbewerb fürchteten und die Konkurrenz ausschalteten, so lange dies möglich war.

Abbildungsnachweis:

Abbildungen 1 und 2: Häffner, Michaela / Eckhard Trox (Hrsg.): Lockung und Zwang. Die Stadt Lüdenscheid im Nationalsozialismus. Begleitband zur Ausstellung (Forschungen zur Geschichte der Stadt Lüdenscheid - Objekte und Dokumente, Bd. 8), Lüdenscheid 1999, S. 103 und 101.

Abbildung 3: Kulturamt der Stadt Lüdenscheid (Hrsg.): Buch der Bergstadt Lüdenscheid, Lüdenscheid o.J. [1951], Bildtafel 23.

Abbildung 4: Stadtarchiv Lüdenscheid, Fotosammlung.

Der Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid lädt ein:

Geschichtliches Forum

donnerstags, 16.30 - 18.00 Uhr im Veranstaltungsraum des Stadtarchivs, Kerksigstraße 4.
Der Eintritt ist frei!

31 Mai: „Das Lüdenscheider Stadtarchiv . Entwicklung und Aufgaben“
Referent: Tim Begler, Lüdenscheid.

14. Juni: „Stand und Probleme der Bodendenkmalpflege im südlichen Westfalen“
Referent: PD Dr. Michael Baales, Olpe.

Exkursionen

Samstag, 16. Juni, 7.30 Uhr Abfahrt vom Bahnhof Lüdenscheid.

Tagesexkursion ins Kölnische Sauerland nach Arnsberg.

Unter qualifizierter Führung werden wir Kloster Oelinghausen und die historische Altstadt von Alt-Arnsberg sowie das Klassizismusviertel besichtigen.

Der Besuch des Schlosses Herdringen wird ein besonderer Höhepunkt sein.
Teilnehmerbeitrag für Busfahrt, Führungen, Besichtigung der Schlossräume und des Schlossparks, Sektempfang, Kaffee und Kuchen 34,-- EUR pro Person.

Samstag/Sonntag, 25. und 26. August, 7.00 Uhr Abfahrt vom Bahnhof Lüdenscheid.

Zweitagesexkursion „Elisabeth von Thüringen 1207 - 2007. Auf den Spuren einer Heiligen.“

Wir werden die Landesausstellung auf der Wartburg „Elisabeth von Thüringen - Eine europäische Heilige“ besuchen, auf den Spuren von Luther, Bach und der hl. Elisabeth Eisenach sehen und im Hotel Glockenhof übernachten.

Am Sonntag schließt sich eine Führung durch den mittelalterlichen Kern der Landeshauptstadt Erfurt und durch den Dom St. Marien an. Mit einem Besuch in Creuzburg an der Werra klingt die Exkursion aus.

Teilnehmerbeitrag für Busfahrt, Eintritte, Führungen und Hotelübernachtung im Doppelzimmer einschließlich Frühstück vom Büffet 92,-- EUR pro Person, bei Übernachtung im Einzelzimmer 104,-- EUR.

Auskunft und Anmeldungen bei der Geschäftsstelle des Geschichts- und Heimatvereins,
Alte Rathausstraße 3, 58511 Lüdenscheid, Telefon 0 23 51 / 17-16 45.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung

Herausgeber: Geschichts- und Heimatverein Lüdenscheid e.V.

Alte Rathausstraße 3, 58511 Lüdenscheid, Telefon 023 51/17-1645

www.ghv-luedenscheid.de

Schriftleitung Dr. Walter Hostert

Druck: Märkischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG